

Bezugspreise:
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk.,
ausw. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
poststellen angenommen. Im
allgemein, Zeitungsverzeichnis unter
einer-Zeitung eingetragen. Für
anterior eingegangene Monu-
streife wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. „Saale-Zeitung“ ge-
schützt. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1340, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gefalteten 34 mm breite Milli-
meterweite oder deren Raum 60 Pf.,
Sonnentagen 40 Pf., Resttagen
die 62 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle an. (Sämtliche
Anzeigenpreise. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 1a. Gr. Braubaustr. 17.
Haben: Geschäftsstelle: Große
Ulrichstr. 42. am Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 568.

Halle, Sonnabend, den 4. Dezember 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Neue Kohlenverhandlungen.

Frankreich verzichtet angeblich auf Milchkuhe — Keine Anwerbung Deutscher für Litauen — Die Blockade als Völkerverbundswaffe — Eine Drohnote an Griechenland — Entscheidungskämpfe um Irland.

Unannehmbar.

Von einer an maßgebender Stelle unterrichteten Seite wird geschrieben: Die deutsche Regierung wird auf die englische Note über die Abstimmung in Oberschlesien prompt und deutlich antworten. Dieser Antwort soll nicht vorgegriffen werden. Aber soviel mag heute schon gesagt sein, daß die Vorschläge der Alliierten in den führenden politischen Kreisen Deutschlands peinlich überrascht haben. Der Ton des englischen Schreibens unterscheidet sich ja gewiß sehr wohlwollend von der Diktatorform früherer Noten, auch von der Forderung, die der Völkerverbund in seinem neuesten Beschluß über Eupen und Walenstadt einnimmt. Die Note Lloyd Georges bezeichnet sich selbst wiederholt als Vorschlag, spricht von Anregung und erwartet von Deutschland auch wohlwollende Erwägung. Aber diese höflichen, fast freundschaftlichen Redewendungen täuschen nicht darüber hinweg, daß die Entente etwas erreichen will, was mit Gewalt und Vertragsbruch nicht gut durchzuführen wäre. Erst wenn die Alliierten einmal in diesem selben wohlwollenden Stil die Hand bieten für Deutschland günstigen Änderungen des Vertragstextes, kann von Annäherung und Verständigungsarbeiten gesprochen werden. Die jetzt vorgeschlagene Revision ist jedenfalls durchaus ungünstig und höchstens beheblich. Die drei vorliegenden Regierungen England, Frankreich und Italien wollen Störungen in Oberschlesien vorgehen. Sie wollen höhere Verhältnisse bei der Abstimmung schaffen. Warum schlagen sie nicht vor, die Besetzung des Abstimmungsgebietes durch möglichst unparteiische Völkerverbundstruppen, z. B. schwedische oder schweizerische Mannschaften, zu veranlassen? Warum schlagen sie nicht vor, die mit den Polen viel zu einseitig lehrgebundenen Franzosen schleunigst zurückzuziehen? Warum wird das Gefühl nicht los, daß Lloyd George von der französischen Regierung und diese wiederum von Paris eingewickelt worden ist. Für diese Annahme spricht die französische Vorarbeit, die geleistet wurde, um die Vorschläge der Delegierten schmachtig zu machen. Bekanntlich mußte der Londoner Vertreter des Hauptbureaus die ersten Meldungen über die ober-schlesischen Veränderungen bringen. Dieser aber ist nach bewährter Manier vorher von Paris instruiert worden, was er zu tun habe. In der Note ist ja auch die französische Völsch, Abstimmung im besetzten Westdeutschland, durchgedrungen. Die englische Meinung, man sollte doch auch die Pilgerstimmen in ihren schlesischen Gemeinden, wenn auch an verschiedenen Terminen abstimmen lassen, ist unterdrückt. Es ist nur merkwürdigerweise der Fall vorgekommen, daß die nicht eingeseffenen Oberschlesier in Köln an einem anderen Tage als die Landesleute in der Heimat abstimmen? Warum dies? Fürchtet man die technischen Schwierigkeiten? Fühlt man, daß die Sache nicht klappen kann? Und wieso will man es gerade der ober-schlesischen Abstimmungskommission überlassen, ob an gleichen oder verschiedenen Tagen in Oberschlesien und Köln abgestimmt wird? Dieser Punkt der Vorschläge hat in deutschen politischen Kreisen die größten Bedenken hervorgerufen, und es ist auch kein Trost, wenn berichtet wird, daß die Abstimmungsergebnisse geheim gehalten werden sollen, bis die Stimmen der Nichteingeseffenen denen der Eingeseffenen für jede Gemeinde hinzugezählt worden sind. Dies ist eine Gedankenlüge, wie sie nur am grünen Tisch entipfieren kann. Die Ergebnisse können weder in Köln noch in Oberschlesien selbst auch nur eine Stunde lang geheim gehalten werden. Denn man weiß ja doch fast bei jedem Oberschlesier, wie er stimmt, d. h. ob er Deutscher oder Pole ist. Und die Wähler werden von den Parteien nachgehakt, ehe sie noch ihren Zettel in die Urne geworfen haben. Wird also an verschiedenen Tagen abgestimmt, so kann das erste Ergebnis sofort zur politischen Beeinflussung des zweiten benutzt werden. Hier sind höchste gefährliche Waffen verstreut, und die Polen, die auf verschiedene Abstimmungstermine spekulieren, werden keinen Augenblick zögern, diese Waffen zu gebrauchen. Haben dies die Herren in London bedacht oder haben sie wirklich keine Ahnung, wie viel politische Wäde in diesem Spiel ist? Ganz unverständlich ist die Begründung des Abänderungsvorschlages, die meisten nicht eingeseffenen Oberschlesier wohnen doch in Deutschland. Gewiß, aber die meisten wohnen wahrlich nicht näher an Oberschlesien als an Köln. Die meisten wollen in die Heimat ziehen und nicht nach Köln. Und wenn in der englischen Note sogar die Zurückweisung von Uebersee als erleichtert erwähnt wird, nun, wenn schon so weit her, so fährt der Oberschlesier gern auch noch die Strecke vom Rhein bis in die Heimat. Ja, es wäre geradezu grausam, ihn am Rhein aufzuhalten und nicht in der Heimat wählen zu lassen. Wie

man auch die Vorschläge der Alliierten ansieht, sie sind nicht gut und sie bringen nichts Gutes. Die deutsche Regierung muß sie ablehnen, weil das ganze deutsche Volk ihnen nicht traut.

Die Milchkuhe-Verhandlungen.

Wie die „Post“ z. B. berichtet, haben die deutschen Verhandlungen mit der Reparationskommission über die Ablieferung deutscher Viehs ergeben, daß die Franzosen vorläufig auf eine Lieferung von Milchkuhen verzichtet. Sie fordern jedoch zunächst innerhalb eines Jahres die Stellung von ca. 90 000 Stück Kündern aller Art, wie Färsen, Bullen usw., ohne erklärt zu haben, daß diese Forderungen als endgültige zu betrachten sind. Nach anderen Informationen ist es richtig, daß man bemerkt ist, unter vorläufiger Zurückstellung der Frage der Gesamtforderung sich über eine Ablieferung für eine gewisse Zeit zu einigen. Frankreich scheint Wert auf frühzeitiges Einverständnis zu legen, und inwieweit wäre die Werbung von der Forderung von Färsen, bei der es sich um traktierte Färsen handeln dürfte, vom Standpunkte unserer Milchproduktion aus mit sehr kritischen Augen anzusehen.

Die neuen Kohlenverhandlungen.

Wie der „Mittag“ meldet, ist die deutsche Regierung von der französischen bei Besprechungen über die Erneuerung des Spaer Abkommens eingeladen worden. Wie verlautet, sollen die Besprechungen in der nächsten Woche in Paris ihren Anfang nehmen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ergänzt die bekannten Mitteilungen über die Goldprämie aus dem Spaer Abkommen durch Anführung authentischer Zahlen: 1. Der Gesamtbetrag der Deutschland auf Grund des Spaer-Abkommens geschuldeten Vorschüsse läßt sich wegen der schwankenden Kohlenlieferungsleistungen nicht genau errechnen. Nach den mit der Reparationskommission getroffenen Vereinbarungen ist der Vorschuß für die Tonnen auf dem Landweg gelieferter Kohlen auf 40 Goldmark berechnet worden. Der Gesamtbetrag der Deutschland monatlich geschuldeten Vorschüsse beträgt etwa 60 Millionen Goldmark. Der Gesamtbetrag der 5-Goldmark-Prämien beträgt dagegen nur etwa sieben Millionen Goldmark. 2. Gezahlt sind bisher a) an Koks- und Kohlen-England in Pfund Sterling: 957 510 für August, 982 868 für September, 935 340 für Oktober. Frankreich: französische Franken 124 366 800 für August, 130 918 200 für September, 131 086 682 20 für Oktober. Belgien: belgische Franken 15 307 200 für August, 16 358 100 für September; b) an 5-Goldmark-Zahlungen Frankreich: französische Franken 19,1 Millionen, Belgien: belgische Franken 5,8 Millionen. 3. Die Devisen aus den Kohlenlieferungen werden fortlaufend unmittelbar zur Getreideimport verwendet, der Gegenwert der erhaltenen 5-Goldmark-Prämien von 15,3 Millionen Papiermark ist reiflos für Ernährungszulagen an Bergarbeiter verwendet worden.

Die Wiedergutmachungskonferenz.

Der Sonderberichterstatter der „Agence Haas“ meldet aus London, die Sachverständigenkonferenz, die zur Regelung der Reparationsfrage in Brüssel zusammengetreten soll, werde ihre Arbeiten jedenfalls gegen Mitte Dezember beginnen. Der Oberste Rat werde in London den Tag des Zusammentritts bestimmen.

Die Regierung der Freien Stadt Danzig.

Wie wir hören, wird am Montag die Regierung der Freien Stadt Danzig gebildet werden. Nach einem Einvernehmen, das zwischen den bürgerlichen Parteien und dem Oberkommissar erzielt worden ist, soll als präsidierender Senator und somit als Staatspräsident der bisherige Oberbürgermeister Sahn gewählt werden. Unter den übrigen Senatoren wird sich auch der demokratische Danziger Schulrat Strinke befinden. Für den wichtigsten Posten des Finanzrates wird nach außerhalb Danzigs nach einer geeigneten Persönlichkeit Umjahn gehalten.

Die Not der Beamten.

Heute findet beim Reichsanwalt eine interfraktionelle Besprechung über die an die Beamten zu gewährenden Teuerungszulagen, das Sprergesetz und die Besoldungsordnung statt. Mit der Frage der Erhöhung der Teuerungszulagen wird sich heute auch der Haushaltsausschuß des Reichstages befassen; es ist anzunehmen, daß er die Teuerungszulagen bewilligen wird. Die Besoldungsordnung selbst wird mit möglicher Beschleunigung dem Haushaltsausschuß unterbreitet werden. Er wird sich, wenn irgend möglich, damit bereits in der ersten Hälfte der nächsten Woche befassen.

Von der Völkerverbundstagung.

Der Vorsitzende der Finanzaktion der vom Völkerverbund eingehenden provisorischen Finanz- und Wirtschaftskommission Strafos (Sibamerita) erklärte Pressevertretern, die wichtigste Aufgabe der provisorischen Kommission ist die Schaffung einer internationalen Kreditorganisation, die in der es den beiderseits verarmten Ländern Europas, wie den Zentralmächten ermöglicht, Notkredite einzuführen und diese als Zinsrate wieder auszuführen. Diese Kredite dürfen nur von den ganz verarmten Ländern in Anspruch genommen werden, die sich allein nicht helfen können.

Die Blockade als Völkerverbundswaffe angenommen.

Am 3. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Die für die Prüfung der Blockadefrage eingesetzte Unterkommission B der 6. Kommission nahm unter dem Vorsitz Lord Robert Cecil die nachstehende wichtige Entscheidung über die Verhängung der Blockade als Mittel zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens an: Für den Fall der Verhängung eines Vertragsbruchs durch den Völkerverbund ist es Pflicht jedes Mitgliedes des Völkerverbundes: 1. alle diplomatischen Beziehungen mit dem Staat abbrechen, der sich gegen den Völkerverbundspakt verhalten hat; 2. so schnell wie möglich die erforderlichen und mit seiner Verfassung im Einklang stehenden Maßnahmen zu treffen, um allen seinen Staatsangehörigen jegliche Beziehung mit den Bewohnern des von der Blockade betroffenen Staates zu unterlegen. Lord Robert Cecil betonte die außerordentliche Wichtigkeit dieser Entscheidung, die dem Völkerverbund gestattet, die wirtschaftliche Blockade, zugunsten des Weltfriedens in die Waagschale zu werfen.

Keine Anwerbungen Deutscher für Litauen.

Berlin, 3. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Der vor einiger Zeit in der Presse immer wiederholten Behauptung, in der litauischen Grenzstadt in Berlin würden Deutsche, vor allem Reichswehrangehörige und heimliche Ballkammer für Litauen angeworben, ist, wie der „Denk“ von zahlreichen Stellen mitgeteilt wird, nachzugehen worden. Die Nachforschungen haben ergeben, daß von dem angeführten Kommen und Wesen Deutscher in der litauischen Grenzstadt keine Rede sein kann. Ein harter Verbot findet allerdings dort statt, jedoch ausschließlich von Preußen, die offensichtlich litauische Staatsangehörige sind und sich zur Erledigung von Postangelegenheiten auf der Poststation einstellen. Es wurde auch festgestellt, daß eine deutsche Staatsangehörige, die bei der Grenzstation den Versuch machte, sich für Litauen anwerben zu lassen, sofort abgewiesen wurde. Ferner wurde die Pressebehauptung, daß auf dem Büro der Delegation des russischen Noten Kreuzes für Kriegesgefangene und Rückwanderer Anwerbungen deutscher Staatsangehöriger für die Wrangelmarmee stattfinden, als unrichtig aufgeföhrt.

Drohnote an Griechenland.

Lloyd George läßt die griechische Regierung wissen, es sei zwar nicht der Wunsch Englands, sich in die inneren Angelegenheiten Griechenlands zu mischen, aber er fühle sich zu der öffentlichen Erklärung gedrängt, daß man in England die Wiedereröffnung Konstantins als die Ratifikation von feindlicher Akte gegen über den Verbündeten ansehe. Es werde dadurch eine unangenehme Lage geschaffen. Lloyd George erklärte zum Schluß, daß sich die Verbündeten vollständige Handlungsfreiheit vorbehalten müßten. „Standard“ gibt bekannt, daß jeder Versuch, den türkischen Vertrag abzuändern, aufgeschoben worden sei.

Die Entscheidungsschlacht um Irland.

Eine gewaltige Schlacht hat begonnen, wie sie in Irlands dramatischste Ereignisse noch nicht zu vergleichen war. Der Kampf wird zwischen den schnell ausweichenden behenden Truppen der Sinnfeiner und den sich ebenso schnell bewegendem englischen Regierungstruppen ausgetragen, die durch Höchstleistungen verstärkt sind. Die Streitkräfte der Sinnfeiner bestehen in der Hauptsache aus republikanischen Offizieren, tollkühnen Weibern und den besten Schützen von ganz Irland. Die britischen Kontingente setzen sich zum größten Teil aus früheren britischen Offizieren, Aristokraten und Gentlemen zusammen, die zu gewöhnlichen Zeiten auf der Hauptinsel in Afrika zu finden waren. In den letzten Wochen gelang es den Iren trotz der schärfsten Barrikadenentwürfe den englischen Truppen viele Stellen zu stellen. Die leicht beweglichen Scharen der Sinnfeiner führten noch alle Richtungen unermüdet Schlage aus, um dann fastlagen in der Luft zu verschwinden, ohne irgend welche Anhaltspunkte für ihre Verfolgung zu hinterlassen. Nur in dem irischen Drie Macraon kamen beide Gegner in Gefechtsberührung miteinander. Ein Major und fünf

